

Zeitschrift: SES Notizen
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1980)
Heft: 3

Vorwort: Liebe SES-Mitglieder
Autor: Schleicher, Ruggero

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Liebe SES-Mitglieder

Schon lange haben Sie keine SES-Notizen mehr bekommen. Dies ist erst die dritte und schon die letzte Nummer in diesem Jahr. Das hat vor allem finanzielle, aber auch personelle Gründe.

Immer wieder überlegen wir uns, ob die SES-Notizen nicht grundlegend anders konzipiert werden sollten. Denn der beschränkte Platz macht die Themenauswahl recht schwierig. Gerne würden wir mehr grundsätzliche Artikel bringen, die vielleicht auch schon irgendwo anders veröffentlicht worden sind. Auf der anderen Seite sollten die SES-Notizen auch eine Dienstleistung für unsere Mitglieder sein, wo sie nützliche Informationen für ihre Aktivitäten finden. Schliesslich möchten wir auf gut recherchierte Exklusivbeiträge, die bisher das Rückgrat der Notizen bilden, nicht verzichten.

Lässt sich das alles unter einen Hut bringen? Sollen die SES-Notizen zu einer umfangreicher, aufwendigeren Zeitschrift ausgestaltet werden, die sich an ein breiteres Publikum wendet? Soll unser Blatt aktueller oder grundsätzlicher werden? Sollen wir Vollständigkeit anstreben und alles bringen, was uns auf der Energieszene wichtig scheint, oder sollten wir noch stärker Schwerpunkte setzen? Und schliesslich: wie liesse sich eine aufwendigere Zeitschrift finanzieren? Wäre es sinnvoll, in begrenztem Umfang Inserate anzunehmen?

Wir wüssten gerne, was Sie zu all diesen Fragen denken. Auf alle Fälle sollten mehr Leute als bisher an den SES-Notizen mitarbeiten. Bei grösserem Umfang wäre das auch eher möglich. Bisher musste ich schon manchen Interessierten frustrieren, weil sein Text nicht in das beengende Konzept passte. Bitte schreiben Sie uns Ihre Meinung. Was erwarten Sie von den SES-Notizen? Wären Sie bereit mitzuhelpen?

Es guets näis

Ruggero Schleicher

gestiegen, dieses Jahr werden es wohl noch einmal 1,3 Milliarden mehr sein. Demgegenüber ist eine einmalige Erhöhung von knapp 300 Millionen kaum von Bedeutung. Ausserdem werden die Lsten wieder einmal einseitig zuungunsten des Konsumenten, der kleinen Haushalte verteilt. Denn Energie, die sozusagen als Werkstoff für die Produktion verwendet wird, soll nach den Vorstellungen des Bundesrates von der Wust ausgenommen werden. Den vagen Versprechungen, von den auf diese Weise eingenommenen Geltern einiges für die Energiepolitik abzuweichen, kann man angesichts des Finanzhunders der leeren Bundeskasse wenig Glauben schenken.

... verhindert die Zweckbindung der Energie-Abgabe

Und was die Bundesfinanzverwalter einmal in den Fingern haben, werden sie so leicht nicht wieder hergeben. Deshalb sind auch die Hoffnungen von Sozialdemokraten und Gewerkschaften auf eine befristete Regelung fromme Selbsttäuschung. Die Chancen für eine zweckgebundene Energieabgabe und damit vor allem für unsere Energieinitiative wären dahin. Eine solche Abgabe jedoch wäre ein wichtiges Hilfsmittel für die notwendige Umstrukturierung unserer Energieversorgung.

Zuallererst war die Energieabgabe 1974 von den Autoren der Stabilisierungsvariante (Ginsburg, Ledergerber, Geissberger u.a.) vorgeschlagen worden. Damals wollte man diese Idee in der GEK zuerst nicht ernst nehmen und machte sich darüber lustig. Hinter diesem Vorschlag stand nicht nur der Wunsch nach einer geeigneten Finanzierung für energiepolitische Massnahmen, man wollte mit dieser Abgabe auch einen Lenkeffekt erzielen, umweltschädigende Energieträger stärker belasten, und durch eine flexible Gestaltung der Steuersätze Preisschwankungen ausgleichen und schockartige Erdölpreisseigerungen vorwegnehmen. Mit den immer grösseren Preissteigerungen ist das Lenkungselement inzwischen mehr in den Hintergrund getreten.

Die GEK auf halbem Weg

Mit der Zeit lernte dann auch die GEK dazu und schlug in ihrem Schlussbericht eine Energieabgabe von 6% vor, die jährlich gut 700 Millionen für die Förderung energiepolitischer Massnahmen bringen sollte. Angesichts der bisherigen Energiepolitik des Bundes muss man allerdings daran zweifeln, ob diese Mittel ganz in unserem Sinne eingesetzt würden. Für Energiesparmassnahmen hat die GEK 45% davon vorgesehen. Ein beträchtlicher Teil würde aber für konventionelle Energien aufgewendet und auch für die Atomenergieforschung würde einiges abfallen.

In unserem Energiekonzept "Jenseits der Sachzwänge" haben wir vor zwei Jahren eine höhere, aber auch flexiblere Energieabgabe vorgeschlagen, die bei den damaligen Preisen jährlich rund 1,5 Milliarden ausschliesslich für die Förderung von Spartechnologien und erneuerbaren Energiequellen hätte erbringen sollen. Der Ruin der Wirtschaft werde die Folge sein, hieß es damals wieder einmal. Inzwischen haben die Oelpreiserhöhungen wesentlich höhere Belastungen mit sich gebracht.

Die in "Jenseits der Sachzwänge" skizzierten Vorstellungen wurden

in der kürzlich lancierten Volksinitiative "Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung" konkretisiert: die in ihrer Höhe nicht festgelegten Abgaben dürfen ausschliesslich zur Verfolgung der im Einzelnen aufgeführten Ziele einer solchen Politik dienen. Um unsoziale Folgen zu vermeiden, wird der Grundbedarf der Haushalte von der Abgabe befreit.

Energiesparen – ein volkswirtschaftlicher Gewinn

Eine solche Finanzquelle für die Energiepolitik scheint ein geeignetes Mittel, um schwere Fehlentwicklungen zu vermeiden. Volkswirtschaftlich ist es viel billiger, Energie einzusparen, als noch mehr Energie zu produzieren. Aber hierzu braucht es andere Preisstrukturen und eine andere Verteilung der Investitionsmittel. Das Geld ist am falschen Ort und bei den Investitionsentscheiden werden unterschiedliche Massstäbe angelegt. Der Energiekonsument, der Sparmassnahmen durchführen müsste, orientiert sich an den mittleren Energiepreisen, die er zahlen muss. Da scheint ihm manche Investition noch nicht rentabel. Energie aus neuen Oelfeldern oder Atomkraftwerken, die heute geschlossen werden, ist aber viel teurer als dieser mittlere Preis. Und die Energieproduzenten, bei denen das grosse Geld liegt, können und wollen nicht in dezentralisierte Sparmassnahmen investieren. Atomkraftwerke werden einfach über höhere Stromtarife finanziert. Eine Energieabgabe in der gleichen Höhe könnte mehr Energie sparen helfen, als mit diesen Mitteln produziert werden kann. Eine energiepolitisch motivierte Abgabe brächte somit einen volkswirtschaftlichen Gewinn.

Das Zusatztandekommen der Energie-Wust würde die Erfolgsschancen der Energie-Initiative drastisch verringern. Wir müssen sie deshalb entschieden bekämpfen. Selbst wenn der gesamte Ertrag einer Energiepolitik in unserem Sinne zugute käme, wäre sie abzulehnen, weil durch diese indirekte Steuer die unteren Einkommensschichten ungleich stärker belastet werden.

Franz Jäger